Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — **Geschäftsstelle Rhede:** Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 127 | **Donnerstag, den 9. Mai 1935** | **Jahrgang 1935**

Tagesrundschau.

Die Debatte der Lords. Im englischen Oberhause hat es am Dienstag über die bekannte Entschließung des Völkerbundsrats gegen Deutschland eine Aussprache gegeben, die erfreulicherweise zeigte, daß in den politischen Kreisen Englands nicht nur solche Auffassungen herrschen, wie sie am vorigen Donnerstag im Unterhaus zutage traten. „Im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit" fanden sich im Oberhaus eine ganze Anzahl, und zwar sich nicht nur zu den Oppositionsparteien, sondern auch zu den herrschenden Konservativen zählende Männer, die der Behandlung, wie sie Deutschland in Genf, in dem bekannten Artikel MacDonalds und in der Unterhausdebatte widerfahren ist, mit ebenso wohlabgewogenen wie deutlichen und politisch begründeten Bemerkungen entgegentraten. Zum größten Teil verrieten diese Lords, daß sie das neue Deutschland aus eigener Anschauung kennen, sie zeigten Verständnis für den deutschen Standpunkt, der sich aus der Nichterfüllung des Teils V des Versailler Vertrages durch die Gegner Deutschlands ergibt, und für das tiefe Gefühl der Ungerechtigkeit, das in Deutschland empfunden wird. Einer der Redner, Lord Noel Buxton, der im letzten Teil der Debatte zu Wort kam (über die uns bei dem Redaktionsschluß für die Mittwochsausgabe noch kein Bericht vorlag) gab zu erkennen, daß er der deutschen Innenpolitik keinen Geschmack abgewinnen könne; das hinderte ihn aber nicht zu erklären: „Wir müssen erkennen, daß es ein Glück ist, daß Hitler sehr englandfreundlich ist. Er ist der Ansicht, daß Englands Aufgabe darin besteht, ein Mittler zwischen Deutschland und Frankreich zu sein. Er hat einige seiner staatsmännischen Fähigkeiten bewiesen. Er hat sich mit Polen in einer Weise befaßt, die niemand für möglich gehalten hat. Er hat das gelöst, was die unlöslichste Aufgabe in Europa zu sein schien." Lord Cecil, bekannt besonders aus seinem häufigen Auftreten in Genf, sprach gegen den der Debatte zu Grunde liegenden Antrag. Als er behauptete, daß die junge Generation in Deutschland in den letzten zwei Jahren in militärischem Sinne erzogen worden sei, rief ihm Lord Mottistone zu, ob Lord Cecil kürzlich in Deutschland gewesen sei. Cecil mußte diese Frage verneinen, was Mottistone zu dem entrüsteten Ruf veranlaßte: „Wie kann man es wagen, über ein Land zu sprechen, das man nicht gesehen hat!" Auch der konservative Lord Lothian und der Arbeiterparteiler Lord Ponsonby ließen wie die Redner, die schon in unserem gestrigen Bericht vorkamen, dem deutschen Standpunkt in weitem Maß Gerechtigkeit widerfahren. Nach alledem konnte man gespannt darauf sein, was die Regierung zu dieser vielfältigen und energischen Ablehnung ihrer Politik gegenüber Deutschland sagen würde. Für sie sprach der parlamentarische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Stanhope. Er folgte natürlich im wesentlichen den Gedankengängen, die MacDonald in der vorigen Woche im Unterhaus dargelegt hatte, wiederholte dabei aber in noch deutlicherer Form die damals ausgesprochene Aufforderung an Deutschland, seinerseits Vorschläge zu machen.

England erwarte von Deutschland, sagte er, jetzt einige endgültige Vorschläge; es müsse abgewartet werden, ob Vorschläge für einen Luftpakt entsprechend den englischen Vorschlägen gemacht würden. England habe zu seiner eigenen Information einen Luftpakt entworfen, und zweifellos hätten Frankreich und Italien dasselbe getan. Möge Deutschland jetzt auch praktische Vorschläge machen, die England in die Lage versetzen, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Deutschland habe die von anderen Ländern gemachten Vorschläge häufig kritisiert. Es schätze nicht den Ostpakt und einige andere Dinge. Möge es jetzt andere Vorschläge machen, und man werde zusehen, ob eine Vereinbarung über Vorschläge erzielt werden könne, an denen Deutschland festhalte. Hitler habe seinen Friedenswillen verkündet, und es sei der heiße Wunsch der britischen Regierung, daß er diesen Willen in die Tat umsetze.

Die Debatte endete damit, daß Lord Dickinson, der den ihr zugrunde liegenden Antrag über die Genfer Entschließung eingebracht hatte, erklärte, daß der hiermit beabsichtigte Zweck durch die Aussprache erreicht worden sei, so daß er nunmehr den Antrag wieder zurückziehen könne. Hoffentlich haben die verständigen Worte, die bei dieser Debatte gefallen sind, im englischen Volke stärkeren Widerhall gefunden als es in der Londoner Presse vom Mittwoch der Fall ist!

★

Will Litauen Memelwahlen verhindern? Seit fünf Tagen bereits ist die Legislaturperiode des Memelländischen Landtags abgelaufen. Litauen hat bekanntlich eine ordnungsmäßige Sitzung und damit die durch die Memel-Konvention und das Memel-Statut vorgeschriebene gesetzmäßige Verwaltung des Landes durch siebenmalige Verhinderung unmöglich gemacht. Schon vor dem 4. Mai wären Neuwahlen für den Landtag auszuschreiben gewesen. Bis jetzt ist darüber jedoch nicht das geringste bekanntgeworden. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die litauische Regierung Neuwahlen sabotieren will. Aber selbst dann, wenn in Kowno die Absicht bestehen sollte, die Neuwahlen nur hinauszuzögern, sie jedoch noch so zeitig stattfinden zu lassen, daß der Landtag zu dem in dem Memelstatut genannten Datum, nämlich dem vierten Montag im Januar, zusammentreten könnte, würde es sich um einen neuen schweren Bruch der für das Memelland maßgeblichen Bestimmungen handeln, an dem sich auch die Garantiemächte mitschuldig machen würden. Litauen kann sich auch unmöglich etwa darauf hinausreden, daß Neuwahlen nur nach Auflösung des Landtages vorgesehen seien. Das Bestehen einer ordnungsmäßigen Landesvertretung als gesetzgebender Körperschaft ist in den beiden genannten Dokumenten in so vielen Bestimmungen festgelegt, daß schon daraus allein die Notwendigkeit eines ständigen Parlamentes im Memelland eindeutig hervorgeht. Die Frage liegt nahe, was seitens der litauischen Regierung noch geschehen muß, damit sich die Garantiemächte endlich einmal dazu entschließen, diesem Zwei-Millionen-Staat beizubringen, daß freiwillig übernommene Verpflichtungen peinlich genau eingehalten werden müssen.

★

Der italienische Aufmarsch gegen Abessinien. Im englischen Unterhaus erklärte gestern Sir John Simon auf eine Anfrage, er glaube, daß der italienisch-abessinische Konflikt noch in diesem Monat vor den Völkerbund kommen werde. Aus dieser Aeußerung könnte man darauf schließen, daß sich durch Einschaltung des Völkerbundsrats noch eine bewaffnete Austragung des Streits vermeiden ließe. Solcher Annahme stehen aber nicht nur die energischen Worte des Staatssekretärs Lessona in der italienischen Kammer und die nicht minder energischen Kommentare der italienischen Presse zu der in Rom bekanntgegebenen „Ergreifung weiterer Vorsichtsmaßnahmen zur Sicherung der ostafrikanischen Kolonien Italiens" entgegen, sondern auch der große Umfang dieser Maßnahmen in Verbindung mit den bereits früher getroffenen. Nach zuverlässigen Informationen hat die Stärke der italienischen Truppen in den an Abessinien grenzenden Kolonien bereits 105 000 Mann erreicht. Man wird niemandem einreden können, daß ein mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstetes kriegsstarkes Heer unter ungeheuren Kosten nach Afrika transportiert wird, lediglich um ein paar nomadisierende abessinische Stämme wirksam von den Grenzen fernzuhalten. Die Kosten des afrikanischen Abenteuers belaufen sich zurzeit, wie man hört, bereits auf monatlich 460 Millionen Lire oder über 92 Millionen Reichsmark. Dazu kommen nun noch die Kosten der Mobilmachung der Division Sabaudia und zweier Divisionen der Miliz. Auch die bereits beurlaubten Soldaten des Jahrganges 1913 sind wieder unter die Fahne berufen worden. Somit stehen jetzt drei volle Jahrgänge unter Waffen. Man darf gespannt sein, wie lange Italien es sich in seinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten leisten kann, den starken Mann auf so große Entfernung zu spielen. Dazu kommt das Risiko eines solchen Feldzuges bei den ungeheuren natürlichen Schwierigkeiten in Afrika. Die Abwehrmaßnahmen, zu denen sich Abessinien angesichts der italienischen Anstrengungen gezwungen sieht, werden ihm in der italienischen Presse als Nichteinhaltung des Freundschaftspaktes vom Jahre 1928 vorgeworfen. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" sagt, in ganz Abessinien werde gegen Italien mobilisiert; die in beschleunigter Form erfolgten großen Rüstungslieferungen, von denen man nicht genau wisse, mit welchen Mitteln und Krediten sie den verschiedenen Lieferanten bezahlt werden, stammten — so behauptet das Blatt — aus allen Ländern. Italien könne nicht weiter zulassen, daß sich in den Grenzgebieten seiner Kolonien ein Zustand der Bedrohung und aktiver Feindseligkeit verewige. Abessinien sei sowohl gegenüber Italien als gegenüber dem Völkerbund vertragsbrüchig. Die abessinische Frage müsse daher auch als europäisches Problem betrachtet und gelöst werden. „Gazetta del Popolo" schreibt, man stehe in Abessinien einer Lage gegenüber, die geklärt werden müsse, denn längere Duldung sei unmöglich. Es gehe um das Prestige und das Geld Italiens. Es ist gewiß eine eigenartige Rechtfertigung, die demjenigen, dem offensichtlich Gefahr droht, zum Vorwurf macht, daß er sich gegen diese Gefahr zu schützen sucht. #

Das erste Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Irland gewann Deutschland in einem Mittwoch-Abendspiel vor 35 000 Zuschauern in der Dortmunder Kampfbahn mit 3:1. Bericht siehe im Sportteil.

„Die Sache des Friedens liegt mir sehr am Herzen".

Das Antworttelegramm des Königs von England an den Führer.

DNB **Berlin**, 8. Mai.

Der König von England hat das Glückwunschtelegramm des Führers und Reichskanzlers mit einem Telegramm erwidert, welches in Uebersetzung wie folgt lautet:

„Ich danke Ihnen, Herr Reichskanzler, aufs wärmste für die Glückwünsche, die Sie so freundlich waren, mir gelegentlich meines silbernen Jubiläums in Ihrem eigenen Namen und im Namen des deutschen Volkes zu übermitteln. Ich bin Ihnen besonders dankbar für Ihre freundliche Erwähnung meiner Bestrebungen und der Bestrebungen meiner Regierung im Interesse des Friedens. Die Sache des Friedens liegt mir sehr am Herzen und ist das ständige Ziel, das meine Regierung vor Augen hat. Ich erwidere Ihre guten Wünsche für den Erfolg dieser Sache und vertraue darauf, daß ich damit nicht nur die Gesinnung meines eigenen Volkes, sondern die der ganzen zivilisierten Welt zum Ausdruck bringe. Georg R. I."

Das englische Parlament huldigt einmütig dem König.

£ **London**, 8. Mai.

Beide Häuser des englischen Parlaments nahmen am Mittwoch einstimmig die Ergebenheitsadresse an, die sie am Donnerstag vormittag in der Westminster Hall dem König anläßlich seines 25 jährigen Regierungsjubiläums überreichen werden. In einer langen Rede bezeichnete Ministerpräsident MacDonald den König als einen sehr menschlichen Souverän, der von den Herzen seines Volkes Besitz ergriffen habe. MacDonald sagte unter dem Beifall des Hauses: „In der Welt um uns haben wir Throne wanken und stürzen sehen, wir haben Volksfreiheit und repräsentative Einrichtungen zerbrechen sehen. Uns aber ist es gelungen, ohne Zersetzung fortzuschreiten und ohne Revolution unsere Jugend zu erneuern." Auch der arbeiterparteiliche Oppositionsführer Lansbury schloß sich der Ergebenheitsadresse an und erklärte unter Beifall: „Die englische Verfassung funktioniert und die Volksmassen gewinnen mehr und mehr die Anerkennung des Rechtes, sich an der Zukunft dieses Landes zu beteiligen." Lansbury sagte, daß er auch keine klassenkämpferischen Gründe gegen den König anführen könne; denn die Königsfamilie habe durch ihr Verhalten zur Beseitigung der Klassenunterschiede beigetragen.

Senatsniederlage Roosevelts.

Der Streit um die Bezahlung der den Veteranen gegebenen Schuldverschreibungen.

Kampf um 2 Milliarden Dollar.

§ **Washington**, 8. Mai.

Wider Erwarten hat der Senat am Dienstag über die beiden Vorlagen für die Veteranen-Bonuszahlung abgestimmt. Während die Vinson-Vorlage mit 52 gegen 35 Stimmen abgelehnt wurde, nahm der Senat die Patman-Vorlage, die die Zahlung von etwa 2 Milliarden Dollar neu zu druckenden Papiergeldes an die Veteranen vorsieht, mit 55 gegen 33 Stimmen an. Die Regierungsführer des Senats stimmten nach der Ablehnung von Kompromißvorschlägen des Senators Harrison für die Patman-Vorlage, da sie der Ansicht waren, es werde für Roosevelt leichter sein, sein Veto gegen die Patman-Vorlage aufrechtzuerhalten als gegen die Vinson-Vorlage. Die Vinson-Vorlage sah die volle Zahlung der im Besitz der Veteranen befindlichen Schuldverschreibungen vor, wollte es aber der Regierung überlassen, woher sie das dazu notwendige Geld nimmt, entweder aus vorhandenen Mitteln oder im Anleihewege. Zur Umstoßung des Vetos von Roosevelt wäre eine Zweidrittelmehrheit des Senats notwendig.

Senator Clark kündigte die erneute Erwägung des Antrages an, worauf die sofortige Weiterleitung der Patman-Vorlage an Roosevelt vorläufig aufgehalten wurde. Es ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß Präsident Roosevelt gegen das Gesetz, das für die amerikanische Währung unübersehbare Folgen haben könnte, Widerspruch einlegen wird.

Die jetzt im Senat angenommene Vorlage, die mit neugedrucktem Papiergeld die Veteranen befriedigen will, ist bereits in positivem Sinne vom Repräsentantenhaus verabschiedet worden. Man darf gespannt sein, ob das Parlament sich mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit gegenüber Roosevelt durchsetzen wird.

Beisetzung des Generals Höring in Stuttgart.



Scherl M.

Der Artillerieführer III in Oppeln, Generalmajor Höring, der mit seiner Gattin, seinem 7jährigen Töchterchen und dem Oberleutnant der Fliegertruppe Walter Braun aus Ludwigsburg mit drei weiteren Personen bei dem Flugzeugunglück im Fichtelgebirge ums Leben gekommen war, wurde jetzt mit großen militärischen Ehren auf dem Prag-Friedhof in Stuttgart eingeäschert.

Die englische Regierung und die Dominions.

Keine Generalvollmacht an das Mutterland.

DNB **London**, 8. Mai.

Angesichts der verschiedenen und z. T. widersprechenden Mutmaßungen über den Verlauf der z. Z. in London stattfindenden außenpolitischen Besprechungen zwischen dem englischen Kabinett und den Ministerpräsidenten der Dominions sah sich MacDonald veranlaßt, am Mittwochnachmittag im Unterhaus eine Erklärung abzugeben.

Der Ministerpräsident wies auf die in einigen Morgenzeitungen veröffentlichten Berichte hin, wonach man vereinbart habe, daß die englische Regierung in Zukunft schnelle außenpolitische Entscheidungen treffen könne, ohne vorher mit den Dominions Rücksprache zu nehmen. Es sei äußerst bedauerlich, daß in einer für das Vertrauen und die Verständigung im englischen Weltreich so wichtigen Frage derartige völlig unbegründete und schädliche Behauptungen aufgestellt würden. Es sei gänzlich unwahr, daß eine Aenderung der gegenwärtigen Verantwortlichkeit und außenpolitischen Verpflichtungen der Dominions erörtert oder erwogen worden sei. Dieser Gegenstand sei überhaupt in keiner der Sitzungen erwähnt worden. Die englische Regierung halte energisch an den auf den verschiedenen Weltreichkonferenzen niedergelegten Grundsätzen für das System der Konsultation über Vertragsverhandlungen

und die Führung außenpolitischer Angelegenheiten im allgemeinen fest. Diese Grundsätze, die in einem Bericht der Weltreichkonferenz von 1930 niedergelegt worden sind, seien durchaus anerkannt und ihre Anwendung sei unbestritten. (Beifall.) Es sei — besonders für die öffentliche Meinung in den Dominions — von allergrößter Bedeutung, daß über das gegenwärtige System keine falsche Auffassung vorherrsche.

Die fraglichen Klauseln lauten wie folgt: „Jede in Verhandlung stehende Regierung Sr. Majestät soll die anderen Regierungen Sr. Majestät, falls diese interessiert sind, unterrichten und ihnen Gelegenheit zur Mitteilung ihrer Ansichten geben, wenn sie glauben, daß ihre Interessen berührt werden können. Jede Regierung Sr. Majestät sollte nach Erhalt solcher Informationen irgendwelche Ansichten mit angemessener Schnelligkeit äußern. Keine der Regierungen kann irgendwelche Schritte tun, die die anderen Regierungen Sr. Majestät in irgendwelche aktive Verpflichtungen ohne deren endgültige Zustimmung verwickeln könnten."

Hindernisse zwischen Venedig und Rom.

Zusammentreffen Schuschniggs mit Mussolini in Florenz.

DNB. **Wien**, 8. Mai.

Wie die „Politische Korrespondenz" mitteilt, wird Bundeskanzler Dr. Schuschnigg einen kurzen Erholungsurlaub antreten. Er wird während des Urlaubs voraussichtlich auch dem Konzert der Wiener Philharmoniker, das im Rahmen der Musikwoche in Florenz stattfinden wird, beiwohnen. Nach den bisher getroffenen Dispositionen wird der Bundeskanzler bei seiner Anwesenheit in Italien auch Gelegenheit haben, mit Mussolini zusammenzutreffen. Der Bundeskanzler wird Mitte der nächsten Woche wieder in Wien eintreffen.

Die beabsichtigte Reise des Bundeskanzlers nach Italien hat hier einigermaßen Aufsehen hervorgerufen, will man doch daraus den Schluß ziehen, daß die Vorkonferenz in Venedig bedeutende Schwierigkeiten für die bevorstehende Konferenz in Rom zutage treten ließ, zu deren Beseitigung nunmehr sogar eine Aussprache zwischen dem österreichischen und dem italienischen Regierungschef notwendig wurde. Während im großen und ganzen die Wiener Presse bis jetzt den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob in Venedig alles glatt gegangen wäre, unterstreicht das christlichsoziale „Neuigkeitsweltblatt" in seinem heutigen „Hindernisse zwischen Venedig und Rom" überschriebenen Leitartikel die hauptsächlich zwischen der Kleinen Entente und Ungarn aufgetauchten Streitpunkte.

Feierliche Erklärung Italiens über Ungarns Gleichberechtigung?

DNB. **Budapest**, 7. Mai.

In hiesigen maßgebenden Kreisen legt man sich in der Beurteilung der Ergebnisse der Vorkonferenz von Venedig eine gewisse Zurückhaltung auf. Wenn auch die Teilnahme Ungarns an der Donau-Konferenz in Rom als sicher angesehen wird, so weist man doch auf die bisher noch nicht überwundenen Schwierigkeiten hin. In der Stellungnahme der ungarischen Presse kommt im allgemeinen zum Ausdruck, daß in Venedig von italienischer Seite auf dem Gebiet der militärischen Gleichberechtigung Ungarns weitgehende Zusicherungen gemacht worden seien. Italien werde noch vor der Donaukonferenz in einer feierlichen Erklärung das Recht Ungarns auf Rüstungsgleichheit betonen und alles aufbieten, um die übrigen Mächte zum Abschluß an diese Erklärung zu bewegen. Diese Erklärung würde die Grundlage zur Einberufung einer besonderen Konferenz bilden.

Der katholische „Uj Nemzedek" berichtet, daß in den italienisch-französischen Hilfeleistungspakt, über dessen endgültige Fassung der französische Luftfahrtminister in Rom verhandeln werde, auf den besonderen Wunsch Mussolinis auch die österreichische Frage einbezogen werden solle. Mussolini habe zur Bedingung gemacht, daß in diesem Vertrag zur Sicherung Italiens die Linie Passau-Salzburg-Kufstein als die Luftgrenze Italiens erklärt werde. Wie das Blatt, dem für diese Angaben die volle Verantwortung überlassen werden muß, betonte, würde nach den italienischen Wünschen der französisch-italienische Hilfeleistungspakt dazu führen, daß im Falle eines Luftangriffes auf Oesterreich die französischen Luftstreitkräfte sofort gemeinsam mit den italienischen Geschwadern gegen den angreifenden Staat vorzugehen hätten.

Neue große Erdrutsche in Brasilien.

Ueber 200 Tote.

$ **Newyork**, 8. Mai.

Aus der brasilianischen Hafenstadt Bahia, die seit über einer Woche von schweren Wolkenbrüchen heimgesucht wird, treffen neue Schreckensnachrichten ein. Durch neue große Erdrutsche wurden gestern weitere 30 Personen getötet. Die Zahl der in den Fluten und durch Erdrutsche ums Leben gekommenen erhöht sich damit auf weit über 200.

Die ganze Stadt bietet einen furchtbaren Anblick. Wo man hinblickt, eingestürzte Häuser. Durch die Straßen irrten die Menschen, die verzweifelt nach ihren vermißten Angehörigen suchten.

Die Stadtverwaltung von Bahia schickte sich gestern gerade an, die Straßen von den Verwüstungen der Vorwoche zu säubern, als sich ein neues schweres Unglück ereignete. Sechs gewaltige Felsblöcke stürzten mit furchtbarem Gedonner von einem Berge herab. Mehrere Häuser wurden mitgerissen und die Straßen verschüttet.

Nach den bisherigen Feststellungen wurden dreißig Menschen von den Felsblöcken begraben.

In der Stadt Bahia wurden bisher 75 Tote gezählt. Wie viel noch unter den abgerutschten Erdmassen und zertrümmerten Häusern begraben liegen, weiß man noch nicht. Auch die Zahl der in der Umgebung Bahias getöteten Personen genau festzustellen, ist außerordentlich schwierig. Sämtliche Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenleitungen sind unterbrochen.

Neues Erdbeben auf Formosa.

DNB **Tokio**, 8. Mai.

Auf der Insel Formosa hat ein neues Erdbeben stattgefunden. Viele Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Bisher konnten 19 Tote geborgen werden.

Ziele der neuen Lehrerbildung.

Feierliche Eröffnung der Hans Schemm-Hochschule in Pasing.

DNB. **München**, 8. Mai.

In Pasing vor München fand am Mittwoch die feierliche Eröffnung der Hans Schemm-Hochschule für Lehrerbildung statt. U. a. waren Reichserziehungsminister Rust, Reichsstatthalter Ritter von Epp, Ministerpräsident Siebert, sowie die Witwe und die Mutter Hans Schemms erschienen.

Reichserziehungsminister Rust führte dabei u. a. aus: Die deutsche Schule kann ihre Aufgabe nur ableiten aus den großen Lehren des deutschen Schicksalsweges.

Die Erziehung der Vergangenheit sah nur die Menschheit und das Individuum. Wir kennen keine Menschen an sich. Wir sehen den deutschen Menschen. Wir sehen im Kinde ein Wesen aus unserem Blut, auf dieser Scholle gewachsen, und wir sehen das Endziel der Erziehung: Ein Volk mit einem Willen, mit einer Gesinnung, mit einem Charakter.

Eine Bewegung, die aus den Tiefen des Volkes aufgestiegen und auf seinen breiten Schichten aufgebaut ist, wird das neue Erziehungswerk nicht bei der höheren Schule beginnen, sondern bei der Volksschule. Dort wird das Schicksal entschieden. Wenn da aus dem deutschen Schicksalsbewußtsein, aus dem wiedererwachten natürlichen Gemeinschaftsgefühl, aus den heimatlichen Kräften heraus die Jugend erzogen wird, dann ist die Festung des deutschen Lebens errichtet, dann steht Deutschland. Die Aufgabe erkennen wir als gottgegebenes Gebot, und wir werden ihr nie untreu werden.

Für die Schule ist entscheidend der neue Lehrertypus, der hier in Erscheinung tritt. Daß die Bildungswerte nicht vernachlässigt werden dürfen, ist selbstverständlich, denn Dilettantismus ist der Tod jedes Unternehmens. Der Typ des neuen Dozenten muß ein Stück SA-Mann in sich verkörpern, er muß aber auch den Trieb zur Erforschung der wissenschaftlichen Wahrheit in sich tragen, er muß sein Fach hochschulmäßig vertreten können. Von Bayern aus ist der Nationalsozialismus zur breiten Volksbewegung geworden. Ein Sproß aus bayrischem Stamm gab uns den Führer. Nun geben Sie hier in Bayern auch der Jugend den neuen Führer!

Anschließend schilderte der Rektor der neuen Hochschule, Dr. Abb, wie er seine Aufgabe auffasse. Hitlergeist müsse sich mit Pestalozzigeist verbinden. Die neue Hochschule wolle körperlich, charakterlich und geistig gesunde, deutsche Männer und Frauen für den Volksschullehrerberuf und damit für Führer und Vaterland erziehen.

Die Fortbildung der Beamten.

Warum soll die Beamtenschaft den ordentlichen Lehrgang einer Verwaltungsakademie besuchen?

DNB **Berlin**, 7. Mai.

Der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, weist in einer längeren Verlautbarung in seiner Eigenschaft als Führer des Reichsverbandes deutscher Verwaltungsakademien darauf hin, daß in diesen Tagen an den 26 deutschen Verwaltungsakademien und ihren 28 Zweigstellen das Sommersemester beginne. Vom Sommersemester 1935 an werde die Arbeit an den deutschen Verwaltungsakademien unter dem Zeichen einheitlicher, im nationalsozialistischen Geist erlassener Richtlinien stehen. Diese Richtlinien sind nach eingehender Beratung mit führenden Männern der Verwaltungsakademie-Bewegung erlassen.

Dabei bildet, wie in der Mitteilung weiter ausgeführt wird, nach wie vor der ordentliche 6- bis 8-semestrige Lehrgang die Grundlage für das Studium an den Verwaltungsakademien. Die Absolvierung dieses Lehrganges wird auch in den Personalabteilungen der Behörden Beachtung finden, da eine Reihe von Erlassen, an deren Spitze ein solcher des Reichsinnenministers steht, vorschreibt, daß die Abschlußzeugnisse der Verwaltungsakademien zu den Personalakten zu nehmen sind.

Bei der Besetzung besonders schwieriger Stellen und bei Beförderungen ist die Leistung entscheidend. Diese wird bei den geschulten Absolventen der Verwaltungsakademien in der Regel besonders gut sein.

Es muß damit gerechnet werden, daß die deutsche Beamtenschaft sich in steigendem Maße entschließen wird, den ordentlichen Lehrgang einer Verwaltungsakademie zu besuchen. Auf allen für den Beamten wichtigen Gebieten hat sich heute ein grundlegender Wandel vollzogen. Was der Beamte in seiner Ausbildung gelernt hat, ist heute nur noch sehr beschränkt gültig. Manche Gesetze sind vollkommen neu geordnet. Wichtige Gesetze, wie die erbbiologische Gesetzgebung und das neue Bauernrecht, haben ganz neue Fachgebiete entstehen lassen, die das Leben vieler Volksgenossen berühren und nur verstanden und richtig durchgeführt werden können, wenn sie auf wirkliches Verstehen bei den ausführenden Beamten stoßen. Auf den gesetzlich unverändert gebliebenen Aufgabengebieten der öffentlichen Verwaltung bedeutet der weltanschauliche Umbruch durch die nationalsozialistische Revolution einen grundsätzlichen Wechsel der Richtung der Verwaltungsarbeit, die nach einheitlichem politischen Entscheid des Führers nicht nach unverbindlichem Gefallen einzelner, vor sich gehen muß.

Hinzu kommt, daß die früher mit dem unverbindlichem Sammelbegriff der allgemeinen Bildung bezeichneten Kenntnisse des Beamten dringend einer Ergänzung durch die Fächer bedürfen, die die nationalsozialistische Bewegung in den Vordergrund gerückt, zum Teil auch erst neu geschaffen hat. Geschichtliche und rassenkundliche Kenntnisse müssen heute von jedem Beamten erwartet werden.

Staatssekretär Reinhardt über die nationalsozialistische Steuerpolitik.

:: **Eisenach**, 7. Mai.

Aus dem ganzen Reichsgebiet haben sich in der Wartburgstadt über 1300 Reichssteuerbeamte eingefunden, um an einer Fachwissenschaftlichen Woche teilzunehmen, die vom Reichsfinanzministerium vom 6. bis 11. Mai veranstaltet wird.

Die Arbeitstagung wurde am Montag im Festsaal des „Fürstenhofes" durch Staatssekretär Reinhardt mit einer Rede über die nationalsozialistische Weltanschauung und die Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung eröffnet. In der Rede legte er die Leitsätze nationalsozialistischer Steuerpolitik dar. Steuerzahlen, sagte er u. a., heißt nicht Opfer bringen, sondern einzig und allein: seine Pflicht tun, die die Natur dem Einzelnen um seiner selbst willen auferlegt und deren Merkmale durch die Gesetze des Staates geregelt sind. Es hat Ehrensache eines jeden Volksgenossen zu sein, Steuern zu zahlen, durch Besserung seiner Verhältnisse zu größerer steuerlicher Leistungsfähigkeit zu gelangen, seine Einkünfte, sein Vermögen und die sonstigen Besteuerungsmerkmale vollständig und durch die vorgeschriebenen Steuererklärungen einwandfrei so anzugeben, daß sie zu keinerlei Beanstandungen führen.

Aufträge öffentlich-rechtlicher Körperschaften von 5000 Mark aufwärts werden nur noch an solche Volksgenossen erteilt, die eine Bescheinigung des Finanzamtes vorlegen können, daß für die Erteilung derartiger Aufträge aus steuerlichen Gründen keine Bedenken bestehen. Selbstverständlich ist, daß die Zugehörigkeit zur Partei keinerlei Anspruch auf bevorzugte Behandlung durch Steuerbehörden in sich schließt.

Der zweite Grundsatz der nationalsozialistischen Steuerpolitik lautet: Steuern müssen sozial gerecht sein und so gestaltet werden, daß sie bei gleichartigen Verhältnissen nicht als eine verschieden große Last empfunden werden. Der dritte Leitsatz: Steuern müssen dem bevölkerungspolitischen Gedanken entsprechen. Denn Bevölkerungspolitik treiben heißt, die Zukunft der Nation, des deutschen Volkes zu sichern. Dem bevölkerungspolitischen Gedanken entspreche der nationalsozialistische Staat durch die Familienermäßigung bei der Einkommensteuer und die Kinderermäßigungen, die finanzwirtschaftlich ausgeglichen werden durch ein Mehr bei den Unverheirateten, den kinderlos Verheirateten und den Kinderarmen von einer bestimmten Einkommenshöhe ab. Rund 400 000 Ehestandsdarlehen sind seit dem 1. August 1933 gewährt worden, das heißt 400 000 Frauen wurden aus dem Arbeitnehmerverhältnis in die Ehe übergeführt, 400 000 Arbeitsplätze wurden frei! Die bevölkerungspolitische Auswirkung der Ehestandsdarlehen wird deutlich gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1934 rund 740 000 gegenüber 510 000 im Jahre 1932 betrug und 1934 rund 213 000 Kinder mehr geboren wurden als vor zwei Jahren.

Der vierte Leitsatz der nationalsozialistischen Steuerpolitik: Steuern müssen dem Gedanken des Wertes der Persönlichkeit entsprechen. Dieser Grundsatz ist bei der Steuergestaltung in jeder Weise zu verwirklichen.

In der Beendigung seiner Rede am Dienstag führte der Staatssekretär näher aus, daß die Steuern dem Gedanken der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung entsprechen müssen. Die Finanz- und Steuerpolitik im neuen Staat sei, solange es die Arbeitslosigkeit gäbe, auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit als elementare Voraussetzung für die Gesundung des Volkes abgestellt gewesen. In wenigen Jahren würde die Arbeitslosigkeit in Deutschland überwunden sein. Die erste Maßnahme des Reichsfinanzministeriums wäre die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer gewesen, die sich schon innerhalb weniger Monate zum Segen ausgewirkt hätte, die Zahl der Beschäftigten sei doppelt so groß geworden, ebenso die Herstellung von Automobilen. Am 31. Mai 1933 sei der Generalangriff auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit eingeleitet worden. Staatssekretär Reinhardt sprach dann über weitere Maßnahmen, die in wenigen Jahren die Arbeitslosigkeit fast restlos beseitigen würden.

Keine Verhaftung des Abtes von Maria Laach.

DNB **Berlin**, 8. Mai.

In ausländischen Blättern wird behauptet, der Abt des Klosters Maria Laach sei verhaftet worden. Hierzu wird durch das Deutsche Nachrichtenbüro erklärt: Es handelt sich auch in diesem Falle um eine Lügennachricht, wie sie in letzterer Zeit besonders häufig verbreitet werden.

Arbeitstagung evangelischer Kirchenführer.

DNB **Berlin**, 8. Mai.

Am Sitz der Reichskirchenregierung versammelten sich unter der Leitung des Reichsbischofs am Freitag evangelische Kirchenführer zu einer Arbeitstagung. Nach einem Referat von Professor D. Witte über Ziele und Bestrebungen der neuheidnischen Bewegungen verlas der Reichsbischof ein an die Gemeinde gerichtetes Wort, in dem er gegenüber diesen Bestrebungen zu einer würdigen, dem besonderen Wesen der evangelischen Kirche entsprechenden Haltung auffordert. Im weiteren Verlauf der Arbeitstagung wurden nach längerer, von gegenseitigem Vertrauen getragener Aussprache die entscheidenden kirchlichen Fragen, in besonderer Weise die künftige Gestaltung des Frauenwerks der Deutschen Evangelischen Kirche behandelt.

Einheitsstaat und Reichsgaue.

Berlin, 8. Mai.

Reichsminister Dr. Frick veröffentlicht in der Europäischen Revue einen Aufsatz über „Das Deutsche Reich als Einheitsstaat". Zum Schluß heißt es nach einer Aufzählung der bisher ergangenen Gesetze:

Die Zusammenfassung der gesamten Verwaltung im Deutschen Reich ist damit so weit vorgeschritten, daß man das Deutsche Reich heute als einen nationalen Einheitsstaat bezeichnen kann. Den Abschluß dieser Entwicklung, die in ruhiger Entschlossenheit Tag für Tag weiter fortgesetzt wird, wird die territoriale Neugliederung des Reichs in Reichsgaue bilden. Den Zeitpunkt der Neueinteilung des Reichs, die unter weitestgehender Berücksichtigung aller stammesmäßigen, geopolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte durchgeführt werden wird, wird der Führer und Reichskanzler bestimmen. Die neuen Reichsgaue, die etwa drei bis vier Millionen Einwohner zählen, sollen in sich geschlossene leistungsfähige Gebilde sein, die auch zur Lösung wichtiger Selbstverwaltungsaufgaben fähig sind.

Beamtenstellen für alte Kämpfer.

DNB **Berlin**, 8. Mai.

Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß im Rechnungsjahr 1935 von den im Dienste des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts freiwerdenden planmäßigen Beamtenstellen des unteren und des einfachen mittleren Dienstes 10 v. H. mit solchen für die betreffende Laufbahn geeigneten Nationalsozialisten zu besetzen sind, die bis zum 14. September 1930 ihren Eintritt in die Partei erklärt haben.

Mißtöne zu Lavals Reise nach Moskau.

(!) **Paris**, 8. Mai.

Gestern abend wurde am Quai d'Orsay bekannt, daß dem Berichterstatter des „Matin" das Einreisevisum nach Sowjetrußland gelegentlich der bevorstehenden Reise des französischen Außenministers nach Moskau verweigert worden sei. Darauf teilte heute morgen das „Journal", dessen Berichterstatter vor einigen Wochen ebenfalls das Einreisevisum nach Sowjetrußland verweigert worden ist, mit, daß außer dem „Matin" und „Journal" auch „Petit Parisien" und „Echo de Paris" sowie der „Figaro" davon absehen würden, anläßlich der Reise Lavals nach Moskau Sonderberichterstatter zu entsenden. Das „Journal" fügte sogar hinzu, selbst wenn die Sowjetbotschaft schließlich doch noch die beantragten Visa bewilligen würde, würde es keinen Mitarbeiter in ein Land mit einem so wenig zivilisierten Regime entsenden. Scharfe Angriffe richtete auch der „Figaro" aus diesem Anlaß gegen Moskau.

Diese gemeinsame Aktion fast sämtlicher Pariser Informationsblätter hat die Sowjetregierung schnell zum Nachgeben gebracht. Der „Temps" teilt jetzt mit, daß der Zwischenfall geregelt sei. Die Sowjetbotschaft in Paris habe bekanntgegeben, daß das Visum für die Einreise nach Sowjetrußland keinem französischen Zeitungsvertreter verweigert werde.

Eden wieder genesen.

DNB **London**, 8. Mai.

Lordsiegelbewahrer Eden ist von seiner Krankheit, die er sich bei seiner Rundreise durch Europa zugezogen hatte, nunmehr völlig genesen. Er wird am Montag seine Tätigkeit im Foreign Office wieder aufnehmen.

Drei Sprachen in der belgischen Armee.

National getrennte Truppenteile.

× **Brüssel**, 7. Mai.

Die belgische Armee wird nach den neuesten Vorschriften des Kriegsministeriums in drei Nationalitäten gegliedert. Es werden besondere Truppenteile gebildet, bei denen jeweils entweder französisch oder flämisch und deutsch die Ausbildungs- und Kommandosprache ist. Nun veröffentlicht die belgische Presse die Verteilung der Sprachen auf die Regimenter und Truppenteile. Die deutsche Sprache gilt für eine Kompagnie des 2. Schützenradfahrregiments (Eupen), eine Gruppe des 3. Artillerieregiments in Lüttich und eine Kompagnie des 3. Transportkommandos in Elsenborn.

Der Dichter Ertl gestorben.

DNB **Wien**, 8. Mai.

In Graz ist Mittwoch nach längerem Leiden der österreichische Dichter Hofrat Dr. Emil Ertl im 76. Lebensjahre gestorben. Mit Emil Ertl ist einer der bekanntesten österreichischen Schriftsteller dahingegangen. Seine Romantrilogie „Ein Volk an der Arbeit", bestehend aus den Romanen „Freiheit, die ich meine", „Auf der Weltwacht" und „Das blaue Gugukshaus", hat seinen Namen in allen deutschen Landen bekanntgemacht. Viel gelesen wurden auch seine Novellenbände.

Sonntag auch in der Türkei.

DNB **Istanbul**, 7. Mai.

Die türkische Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Regelung der gesetzlichen Feiertage ausgearbeitet. Wie verlautet, ist aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung des Sonntags anstelle des Freitags als Wochenfeiertag vorgesehen. Nach den Bestimmungen des Entwurfes werden die Läden am Sonnabend den ganzen Tag geöffnet bleiben, jedoch werden Behörden und Amtsstellen, Fabriken, gewerbliche und sonstige Unternehmungen ihre Büros und Werkstätten am Sonnabend bereits um 13 Uhr schließen, so daß Beamte, Arbeiter und Angestellte von dieser Zeit an nicht mehr arbeiten werden. Der Entwurf schlägt ferner die Beibehaltung der bisherigen Festtage vor. Für das Fest der Republik sind jedoch drei Feiertage vorgesehen. Der 1. Mai wird als Arbeiterfeiertag eingeführt.

In Nueva Puebla bei Zamora explodierte aus bisher unbekannter Ursache bei Ausbesserungsarbeiten in einem Eisenbahntunnel ein Behälter mit Dynamit. Drei Arbeiter wurden von den losgerissenen Steinmassen auf der Stelle getötet und drei weitere lebensgefährlich verletzt.

Der Giftmord mit den Creme-Schnitten.

Die Täterin wollte sich an ihrem Bräutigam rächen.

DNB **München**, 8. Mai.

Der geheimnisvolle Giftmord in Bad Reichenhall hat jetzt seine völlige Aufklärung gefunden.

Wie gemeldet, war dort die 13 Jahre alte Bauerntochter Therese Enzinger nach dem Genuß von Cremeschnitten gestorben. Die Sektion der Leiche hatte das Vorhandensein eines starken Giftes erwiesen.

Die polizeilichen Nachforschungen ergaben nun, daß nicht, wie ursprünglich gemeldet, das Mädchen selbst ein Paket mit Cremeschnitten gefunden hatte, sondern der 20 Jahre alte Bruder, als er sich in Begleitung seiner Braut, Franziska Schober, befand. Diese hatte das Paket gegen ein Trinkgeld von einer Dritten an der betreffenden Stelle niederlegen lassen, nachdem sie die Cremeschnitten vorher vergiftet hatte.

Als die beiden das Paket fanden, veranlaßte die Schober ihren ahnungslosen Bräutigam, das Paket mit nach Hause zu nehmen und sich den Inhalt gut schmecken zu lassen. Der junge Mann schenkte die Süßigkeiten aber seiner 13jährigen jüngsten Schwester, die dann nach zehnstündigen Schmerzen qualvoll starb. Die Schober wollte sich wegen irgendeiner Angelegenheit an ihrem Bräutigam rächen. Nach ihrer Verhaftung legte sie ein volles Geständnis ab.

Der 63jährige Vater des verstorbenen Mädchens, der auch von den Süßigkeiten gekostet hatte, liegt noch schwer darnieder, befindet sich aber außer Lebensgefahr. Seine zweite Tochter ist wieder völlig hergestellt.